



Werner Sauerborn

Arbeitszeit- verkürzung – Geht schon *auch im Kapitalismus*

Was die Perspektiven seiner Branche betrifft, schaut Daimler-Betriebsratschef Erich Klemm den Realitäten ins Auge: Derzeit, schrieb er jüngst in der Betriebsratszeitung „Blickpunkt“, betrügen die weltweiten Kapazitäten der Autoindustrie 70 Millionen Fahrzeuge pro Jahr. Abgesetzt würden in diesem Jahr aber nur 45 bis 50 Millionen. Nach allen Prognosen werde es auch keine Wachstumssprünge mehr geben, die diese Überkapazitäten wieder abbauen könnten. Damit ist klar – und das ist nicht mehr Zitat Klemm: Es geht um den Abbau Hunderttausender Arbeitsplätze in dieser globalen Leitindustrie, die die kapitalistische Produktion letztlich aufgrund ihrer Produktivitätsfortschritte erübrigt und die durch quantitatives Wachstum (das Klima dankt) nicht mehr aufgefangen werden kann.

Auf diese Ausgangslage gibt es zwei entgegengesetzte Reaktionsmuster. Zum ei-

nen die archaisch-kapitalistische, die wir derzeit überall erleben: Die Konkurrenz erzwingt die Vernichtung von Produktionskapazitäten, indem sie die Sortierung in Sieger, die die Kraft für die erforderlichen Anpassungen und Produktivitätssteigerungen haben, und in Verlierer, die das nicht mehr schaffen, zuspitzt. Dieser Mechanismus zur Krisenbereinigung ist die kaum noch hinterfragte Geschäftsgrundlage des Handelns von Belegschaften, Betriebsräten und letztlich der Gewerkschaften selbst. Schulter an Schulter wird mit den Arbeitgebern standortkorporatistisch gekämpft, um nicht zu den Verlierern in diesem Vernichtungskampf zu gehören – genau genommen darum, zu gewinnen und andere Firmen oder Standorte verlieren zu lassen. Das ist die implizierte Kehrseite von Klemms Hoffnung und Anliegen, dass sich die neue E-Klasse auf den Weltmärkten durchsetzt.

Die linke Kritik ist schnell bei der Hand, wenn es darum geht, eine solche objektiv unsolidarische Strategie zu geißeln, mit

der durch Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung die Chance erhöht werden soll, am Ende zu den Siegern im globalen Krisengemetzel zu gehören. Dies ist aber erst in zweiter Linie ein gewerkschaftlicher Sittenverfall, in erster Linie ist es der Mangel an einer greifbaren Alternative, die die Akteure vor Ort geradezu in solche unsolidarischen Handlungsmuster treibt.

Theoretisch verfügen die Gewerkschaften mit ihrem Konzept der Arbeitszeitverkürzung über eine Alternative zum kapitalistischen Modus des Abbaus von Überkapazitäten. Statt sich opferbereit dem kapitalistischen Ausleseprinzip zu unterwerfen, hieße das im Falle der Autoindustrie, dass alle Beschäftigten weltweit ein Drittel weniger arbeiten und nicht ein Drittel arbeitslos werden. So sehr dies immer wieder bestätigter theoretischer Besitzstand der Gewerkschaften ist, so unumwunden wird auch eingestanden, dass diese Strategie seit 20 Jahren nicht mehr mobilisierbar ist.

NEUSTART IN DER ARBEITSZEITPOLITIK

Jetzt, da immer deutlicher wird, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit steigen

wird und welche Folgen das für Beschäftigte und Gewerkschaften, auch als Apparate, haben wird, entwickelt sich eine vorsichtige Diskussion über die Chancen eines Neustarts der Arbeitszeitpolitik. Themen sind der Ausstieg aus der Rente mit 67, die Verlängerung der Altersteilzeit, die Einführung gesetzlicher Höchstarbeitszeiten oder die Diskussion um die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung (AZV) in der Tarifrunde 2010 im Öffentlichen Dienst. Debattiert wird dabei weniger ums Prinzip als um die Frage, wie Arbeitszeitpolitik unter Krisenbedingungen wieder durchsetzungsfähig gemacht werden kann. Nicht nur deshalb mutet der Versuch Michael Wendls, noch einmal das Prinzip in Frage zu stellen, anachronistisch an. Wendl, immerhin langjähriger Spitzenfunktionär von *ötv* bzw. *ver.di* in Bayern und Mitglied des Forums Gewerkschaften der Zeitschrift *Sozialismus*, bestreitet die Beschäftigungseffekte von Arbeitszeitverkürzung bzw. hält sie selbst unter günstigen Bedingungen für „relativ niedrig“, rät den Gewerkschaften, es lieber bleiben zu lassen und sich auf die Lohnpolitik zu konzentrieren und, statt sich auf die „auffallend einfache Forderung“ der Arbeitszeitverkürzung zu kaprizieren, lieber in die Tiefen der keynesianischen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik einzusteigen.

Zunächst verwundert, wieso Wendl bei einer Frequenz von mindestens drei Marx-Zitaten pro Seite meint, der Preis der Arbeitskraft bestimme sich allein aus dem Lohn, obwohl Marx in seinen Ausführungen über die Arbeitszeit (MEW 23, S 245ff) ausführlich analysiert – was im übrigen auch jeder Arbeitsvertrag beinhaltet –, dass der Arbeiter seine Arbeitskraft zu einem bestimmten Preis, dem Lohn, für eine bestimmte Zeit verkauft. Über beide Seiten dieser Relation bestimmt sich der Preis der Arbeitskraft und nur durch Koalitionen bzw. Gewerkschaften können die Besitzer dieser besonderen Ware Arbeitskraft erreichen, dass der Preis, den sie dafür erhalten, ihren Wert, d. h. den Aufwand der zu ihrer Reproduktion notwendig ist, nicht unterschreitet.

Zu glauben, man könne sich straflos (wenn auch unfreiwillig) von der Arbeitszeitverkürzung verabschieden, war ein historischer Irrtum der Gewerkschaftsbewegung. Das geräumte Feld wird stattdessen von der Gegenseite besetzt durch ihr Verständnis von Arbeitszeitpolitik: erstens Teilzeitarbeit ohne jeden Lohnausgleich und alle möglichen Formen prekärer Jobs völlig außerhalb jeder tariflichen Gestaltung und Kontrolle, zweitens und andererseits Arbeitszeitverlängerungen und entgrenzte Arbeit und drittens massenhaft Arbeitszeit null: Massenarbeitslosigkeit. Nicht von ungefähr nahm die Erwerbslosigkeit in Deutschland Anfang der 90er-Jahre sprunghaft zu – gerade zu der Zeit, als die bis dahin erfolgreiche Politik der Arbeitszeitverkürzung endete.

Die Forderung nach AZV enthält zwei nur analytisch, nicht praktisch zu unterscheidende Dimensionen. Die erste ist das „Verteilen in der Klasse“: Die einen bekommen wieder Arbeit, weil die anderen weniger arbeiten. Damit wird das volkswirtschaftliche Beschäftigungsvolumen nicht erhöht, sondern nur umverteilt – da hat Wendl recht, kritisiert aber eine nicht aufgestellte Behauptung. Diese reine Arbeitsumverteilung ist für die Gewerkschaften dennoch von höchster Bedeutung, weil sie eine Frage der Solidarität aller auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft Angewiesenen ist, und vor allem, weil den Arbeitgebern mit der Massenarbeitslosigkeit ein wirksames Erpressungsinstrument für Dumpingpolitik aller Art wächst.

Die davon zu unterscheidende zweite Dimension der Arbeitszeitverkürzungspolitik ist die „Verteilung zwischen den Klassen“, also die Frage des Lohnausgleichs. Die Sorge, den Lohnausgleich nicht zu schaffen, ist weiter der dickste Brocken auf dem Weg zurück zur Arbeitszeitverkürzung, wobei Wendl den Zusammenhang übersieht, dass gerade die relative Machtlosigkeit der Gewerkschaften aufgrund Massenarbeitslosigkeit und nicht verkürzter Arbeitszeit den Lohnausgleich und damit die Fortsetzung der Politik zur Ar-

beitszeitverkürzung erschwert.

DURCHSETZUNGSBEDINGUNGEN Das führt zu der entscheidenden Frage jeder Gewerkschaftspolitik in Krisenzeiten, namentlich beim großen Gegenkonzept der Arbeitszeitverkürzung, nämlich ihrer Durchsetzungsbedingungen. Richtig beschreibt Wendl, dass Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich die Arbeitskosten der Unternehmen steigert (eben Umverteilung), also „einzelwirtschaftlich negativ“ sei, gerade in Krisenzeiten würde Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich (warum nicht gleich Lohn-erhöhungen generell?) die angespannte Liquidität der Unternehmen zusätzlich belasten und sei daher abzulehnen – plädiert Oberkeynesianer Wendl!

Fürwahr, jede Lohnerhöhung und jede Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich erhöht die Arbeitskosten. Wendls Konsequenz, die Forderung dann lieber nicht zu stellen, kann keine gewerkschaftliche Antwort sein. Diese heißt: die unleugbaren Kostensteigerungen gewerkschaftlicher Forderungen müssen allen kapitalistischen Konkurrenten in gleichem Maße aufs Auge gedrückt werden, so dass keine KollegIn um ihren Arbeitsplatz fürchten muss, weil die Erfüllung ihrer Forderung einen Wettbewerbsnachteil ihres Unternehmens darstellt.

Für die Beschäftigten der Autoindustrie bedeutet das: Entscheidende Durchsetzungsbedingung für Arbeitszeitverkürzung ist, dass sie in der ganzen (globalen) Branche, für alle Konkurrenten gilt. Das wirft sehr grundsätzliche Fragen für die Tarifarbeit und Gewerkschaftsstrukturen auf. Besonders für die Gewerkschaften muss daher gelten: Krisenzeiten sind Erkenntniszeiten!

Werner Sauerborn ist Vorstandssekretär beim *ver.di* Landesbezirk Baden-Württemberg. Teils mit Bernd Riexinger ist er an vielen gewerkschaftspolitischen Debatten, zum Beispiel der Frage von Gewerkschaften und Globalisierung, beteiligt.